

PRESSESTATEMENT

Agrarpolitik: EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um Wettbewerbsverzerrungen zu stoppen

Berlin, 30. Juni 2020: Anlässlich des Beginns der deutschen EU-Ratspräsidentschaft fordert Günter Tissen, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker:

"Die Bundesregierung muss die EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um die gekoppelten Zahlungen für den Zuckerrübenanbau zu stoppen. Ich erwarte, dass Bundesministerin Klöckner ihr Wort hält und sich dafür stark macht. Denn Stand heute werden in elf EU-Mitgliedstaaten Prämien für den Rübenanbau gezahlt, obwohl die Voraussetzungen dafür fehlen. Das zeigt eine Studie der Universität Wageningen. Zucker aus diesen elf Ländern hat durch die Subventionen einen Preisvorteil von bis zu 30 Prozent gegenüber Zucker Made in Germany. Das ist nicht fair und bedroht den Rübenanbau in Deutschland und damit auch die Zuckerfabriken in den ländlichen Regionen. Wenn wir die Landwirtschaft in der EU nachhaltig aufstellen wollen, müssen wir sicherstellen, dass landwirtschaftliche Familienbetriebe auch künftig ein auskömmliches Einkommen erzielen können. Das geht nur mit Fair Play. Deshalb muss Schluss sein mit solchen Wettbewerbsverzerrungen."

Mehr Infos zum Thema gekoppelte Zahlungen finden Sie hier.

Die Studie der Universität Wageningen finden Sie hier als pdf.

Bild: Übersichtskarte der Länder mit und ohne gekoppelte Zahlungen, Quelle: WVZ



Wirtschaftliche Vereinigung Zucker (WVZ)

Die WVZ ist die zentrale Organisation der deutschen Zuckerwirtschaft. Ihr gehören die Verbände der 25.000 Rübenanbauer, die vier Zucker erzeugenden Unternehmen und Firmen des Zuckerhandels an. Sie vertritt die gemeinsamen Interessen insbesondere auf den Gebieten Anbau und Verarbeitung von Zuckerrüben, Zucker und Nebenerzeugnissen, Zuckermarkt- und Agrarpolitik sowie Außenhandelsrecht und Handelspolitik.

Medienkontakt:

Sandra Golz Leitung Kommunikation Wirtschaftliche Vereinigung Zucker Friedrichstraße 69 10117 Berlin

Tel.: +49 30 206 18 95-50 presse@zuckerverbaende.de